

Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“, erscheint wöchentlich. Natürlicher Bezugspreis 1.70 M. Zusätzlich 20 Pf. Befreiungen werden in umf. Geschäftsst. von den Börsen, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau, des Finanzamts und des Stadtrats in Zschopau bestimzte Blatt.

Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindekontos: Zschopau Nr. 41

Postleitzahlen: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Dörte: Rennsteigendorf, Waldkirchen, Börnichen, Höndorf, Wilschthal, Weißbach, Dittersdorf, Görau, Dittmannsdorf, Wipphorst, Scharzenstein, Schönbach, Törschendorf

Anzeigenpreise: Die 48 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 93 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pf.; Nachdruckkosten 8 Pf. Bisher- und Nachdruckgebühr 25 Pf., zugleichlich Porto.

Nr. 285

Sonnabend, den 7. Dezember 1935

103. Jahrgang

Appell an das Gemeinschaftsgefühl

Vom Minister bis zum letzten Mann eine geschlossene Front im Kampf gegen Hunger und Kälte

Deutschland steht im Zeichen des Tages der nationalen Solidarität. Es ist der eindrucksvollste Appell an das Gemeinschaftsgefühl, der eindrucksvolle Beweis unerschütterlicher Völkerbrüderlichkeit und Kammeradschaft. Wenn diesmal wieder wie im Vorjahr die Führer und höchsten Amtsträger von Staat und Partei, wenn herausragende Vertreter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, von Sport und Presse, mit der Sammelbüchle herumgehen, so tun sie das, um dem Volk und der Welt zu zeigen, daß im neuen Deutschland niemand zu gut ist, um sich einzusetzen für die Armen und Bedürftigen. Hier im Abwehrkampf gegen Hunger und Kälte stehen alle zusammen, ohne Unterschied, vom Minister bis zum letzten Mann! Das ist die Front der nationalen Solidarität!

Am der Sammeltätigkeit nehmen u. a. teil: Ministerpräsident General Göring, Reichsminister Dr. Goebbels, Reichsminister Dr. Frick mit ihren Ehefrauen, ferner Reichsminister Dr. Frank, Reichsminister Doctor Görner, Reichsminister Frhr. von Neurath, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Reichsminister Graf Schwerin-Krosigk, Reichsminister Seelde, Reichsnährungsminister Darré und Botschafter von Ribbentrop.

Von den Spitzen der Partei, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Organisationen werden zu finden sein: Reichsleiter Rosenberg, Stabschef Luhe, Reichsführer SS. Himmler, Korpsschef Hühnlein, Reichsarbeitsführer Hirtl, Hauptamtsleiter Hilgendorf, Reichsjugendführer Baldur von Schirach, Reichsluftfahrtführer

Oberst Wahnsch, Reichshandwerksmeister Schmidt, der Reichsführer der Technischen Nothilfe, SA-Gruppenführer Weinreich und die Reichsrauhenführerin Frau Scholtz-Klink.

Herner werden die Sammelbüchle mehrere Staatssekretäre, Generalleutnant Valuge, Obergruppenführer von Jagow und der Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, SA-Gruppenführer Wilhelm Weishäupl.

Die Minister und Spitzen der Partei und ihrer Gliederungen und Organisationen werden an genau bestimmten Stellen in der Reichshauptstadt sammeln. Die Berliner Film- und Bühnenkünstler haben ebenfalls in Berlin ihr Sammelstelle zugewiesen bekommen.

Reichsbauernführer und Reichsnährungsminister Dr. Walther Darré wird mit seinen engsten Mitarbeitern in Goslar, der Generalinspektor für das deutsche Strafenwesen, Dr. Todt, in Mannheim an der Reichsautobahn sammeln.

Ein herrlicher Auftakt!

Den Auftakt zum Tag der nationalen Solidarität gab eine Sammlung an der Berliner Börse, die unter der Führung von Reichsbankpräsident Dr. Schacht durchgeführt wurde. Es kamen insgesamt 51 256,90 Mark für das Winterhilfswerk ein. Außerdem haben die am Getreidegroßmarkt zugelassenen Firmen rund 2700 Kilogramm Mehl, Hülsenfrüchte usw. gestiftet. Die Sammlung hat damit den im vorigen Jahre erreichten Betrag von 37 000 Mark erheblich überschritten.

Mackensen wurde 86 Jahre.

Am Freitag beging Generalfeldmarschall v. Mackensen in Potsdam seinen 86. Geburtstag. Außer der Ehrenbürgerschaft der Stadt Potsdam wurden dem greisen Heerführer zahlreiche andere Ehrungen zuteil.

Die älten Soldaten übermittelten dem Jubilar telegraphisch ihre Glückwünsche. So sandte Reichskriegsopferführer Oberstleutnant namens der anderthalb Millionen deutscher Frontsoldaten und Kriegsopfer auf richtige Glückwünsche und gab gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall noch möglichst lange dem deutschen Volke als ein Kämpfer großer Zeit und steter Mahner zur täglichen Einsatzbereitschaft erhalten bleibe.

Der Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes „Rheinhäuser“, Oberst a. D. Reinhard, sandte namens des Deutschen Reichskriegerbundes „Rheinhäuser“ eine herzliche Geburtstagsgruß.

Amerikanische Warnung an Japan.

Staatssekretär Hull betont das starke Interesse Amerikas an Chinas Schicksal.

In die gespannte Lage in Nordchina, die durch die Autonomiebewegung und das Vorruhen Japans hervorgerufen ist, hat den amerikanischen Staatssekretär Hull zu einer ernsten Warnung an Japan veranlaßt.

Hull gab eine Erklärung ab, in der er vor Versuchen warnte, in Nordchina wesentliche Änderungen politischer Natur zu erzielen, die sowohl den zwischenstaatlichen Verträgen als auch den Belangen Amerikas und anderer Staaten hinsichtlich des Grundsatzes der „Offenen Tür“ widersprechen würden. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien genau so wie andere Mächte stark an dem Schicksal des chinesischen Reiches interessiert und verfolgten die dortigen ungewöhnlichen Entwicklungen mit großer Sorgfalt.

In dieser Zeit einer die ganze Welt erfassenden politischen Unruhe sei es die Pflicht jeder Regierung, sich streng an ihre zwischenstaatlichen Verpflichtungen zu halten, und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten alle Unterzeichnermächte um Einhaltung der von ihnen unterzeichneten Verträge, denn Vertrauen und wirtschaftliche Stabilität seien ohne Vertragstreue unmöglich.

Margistische Berunglimpfungen am Pranger.

Deutscher Schritt in Kopenhagen.

Auf Grund einer Karikatur in dem Kopenhagener Regierungsvolant „Social-Demokraten“, die eine grobe Berunglimpfung des deutschen Staatsoberhauptes darstellt und eines Artikels des sozialdemokratischen Fraktionssprechers im Folketing, Hartwig Frisch, ist die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen bei dem dänischen Außenministerium vorstellig geworden.

Zu Zusammenhang mit der Veröffentlichung des „Social-Demokraten“ wurde die Regierung im Folketing, dem dänischen Parlament, von den Fraktionssprechern der Bauernlinien und der Konservativen Volkspartei um eine Erklärung gebeten, welche Maßnahmen sie zu unternehmen gedenke, um in Zukunft derartige Berunglimpfungen eines ausländischen Staatsoberhauptes zu unterbinden. Ministerpräsident Stauning stellte, wie bereits bei früheren Gelegenheiten, fest, daß die Presse Verpflichtungen und Verantwortung habe. Die Presse solle sich nicht mit Beleidigungen auf die politischen Führer anderer Länder stützen oder sich in die inneren politischen Verhältnisse anderer Länder einmischen. Außenminister Dr. Münnich gab seinem Bedauern über die beleidigenden Äußerungen in der Presse gegenüber einem fremden Lande Ausdruck und forderte die Presse auf, sich im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen Dänemark und anderen Ländern in Zukunft beleidigender Ausdrücke und herausfordernder Äußerungen über fremde Staaten, Völker und Staatsoberhäupter zu enthalten; dies gelte in gleichem Maße für Beleidigungen und Bilder.

Deutschland und die Weltwirtschaft

Versailles zerstörte den Welthandel — Unsinnige Forderungen an Deutschland

Reichsbankpräsident und beauftragter Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht sprach in München vor dem Bund der Freunde der Technischen Hochschule über die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. Dr. Schacht zeigte die Gründe der Weltwirtschaftskrise auf und kam zu dem Ergebnis, daß normalerweise derartige ungesehene Tendenzen aus sich heraus gefundene Gegentendenzen zu erzeugen pflegen. Aber der Weltkrieg habe die Dinge aus ihrem normalen Lauf vollkommen herausgeworfen, und die Politik der sogenannten Siegermächte habe eine

Gefundung des Welthandels künstlich verhindert. Die Reparationen hätten den Grundstein der Weltverschuldung auf Deutschland überlagert. Wenn die Reparationen tatsächlich hätten ermöglicht werden sollen, hätte die Welt mit deutschen Fertigwaren überschwemmt werden müssen. Den Schwierigkeiten habe man mit Hilfe des Kredits auszuweichen versucht, aber der Kredit habe sich als eine große Fehlleitung erwiesen.

Seit sechs Jahren tritt die Krise immer weiter.

Der Welthandel ist von 284 Milliarden im Jahre 1929 auf 96 Milliarden Mark im Jahre 1934 gesunken, und der Index der Weltmarktpreise im gleichen Zeitraum von 100 auf 45 gesunken, und die Weltarbeitslosigkeit ist halb soviel zwischen 20 und 25 Millionen Menschen. Wessungen anziehen in der Gegenwart kommen nicht so sehr von der politischen wie von der wirtschaftlichen Seite. Seit einem Jahr hat sich die Weltmarktlage zum mindesten nicht wesentlich verschärft. Auf der finanziellen Seite hat die Lösung des Schuldenproblems weiter gewisse Fortschritte gemacht, wobei zu beachten ist, daß

Deutschland, das größte Schuldenland, von 1920 bis heute seine Auslandsverschuldung um rund die Hälfte gesenkt

hat. Die Krise wäre, nach Aussicht von Dr. Schacht, sehr schnell beendet, wenn die Gläubigerländer einmal die Frist der Dauermauerbrüder verlassen würden. Von dem Tempo der Erfüllung des Zusammenhangs zwischen Warenlieferungen und Schuldenzahlungen werde die Möglichkeit einer internationalen Währungsstabilisierung abhängen. Hinzukommen müsse der Abbau der

Handelshemmnisse. Dr. Schacht kam dann auf die Einstellung der deutschen Politik zur Weltwirtschaft zu sprechen. Er unterstrich die Bejahung des Gedankens der Weltwirtschaft und die Ablehnung des Gedankens an eine wirtschaftliche Selbstbefriedigung. Neben einem kräftigen Innennmarkt liege Deutschland Wert auf einen gesunden Außenhandel, und da es als Schuldnerland keine Schulden bezahlen will, siege es im Interesse der Gläubigerländer, daß die anderen Deutschland die Waren abnehmen. Da wir keine Reserven an Auslandsförderungen mehr besitzen, können wir nur aus dem Überschuss der Handelsbilanz zahlen. Der Erfolg unserer Handelsbilanz wird aber gefährdet durch die

Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten, denn dadurch schrumpft der Außenhandelsgewinn und zugleich wird unser Schuldenbetrieb neuerdings bedroht. Das Ausland verlangt von uns Unmögliches: Wir sollen einmal unsere Einfuhr drosseln, einmal um unsere Schulden besser zu bezahlen, und andererseits, um die Weltwirtschaft nicht zu fördern. Demgegenüber fordern aber die anderen Staaten, daß wir ihnen mehr abnehmen sollen, wenn wir an sie liefern wollen. Hier zeigt sich der ganze Widersinn der Gläubigerpolitik.

Unsere Einfuhr kann nicht weiter unterschritten werden, wenn wir nicht aus Mangel an Rohstoffen aus der Weltwirtschaft auscheiden wollen.

Im Gegenteil, angreifend der steigenden Rohstoffpreise wird sich unsere Einfuhr weiterhin sogar erhöhen müssen. Bei Anbaunahme einer neuen Weltwirtschaft bei Deutschland mit seiner Auslandsverschuldung und seiner Rohstoffknappheit zu kämpfen. In beiden Fällen befindet es sich aber in einer einseitigen Anwältslage.

Weit größer als die Lasten sind die Lasten, die Deutschland in die Bilanz der kommenden Weltwirtschaft eindrängen vermögen, es hat die wiedergewonnene politische Gleichberechtigung in die Magdeburg zu werfen, und es ist ein Großverbraucher an Welthandelswaren geworden. Hier hat die Weltwirtschaft eine große Aufschwungschance. Das größte Attribut aber ist der durch unseren Führer neu erweckte Lebenswillen unseres Volkes, der die Gewähr für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit bietet.